Bürgerschaftswahlen **Hamburg wird rot!** Seite 8

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 2. März 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Frankfurt : Bewohner vertrieben, Häuser abgerissen

Kampfdemonstration gegen Mietwucher und Polizeiterror!

Am Donnerstag, am Freitag und am Samstag letzter Woche demonstrierten 5.000 gegen die Räumung dreier Wohnhäuser in der Bockenheimer Landstraße. Aus Angst vor den heftigen Kämpfen, die die Frankfurter Mieter bei den letzten Räumungen gegen Mietwucher und Polizeiterror geführt hatten, überfiel die Polizei diesmal die 50 Mieter im Schlaf. Nach echter Einbrecherart schlichen sich mit Pistolen bewaffnete zivile Beamte über Leitern durch die Fenster in die Wohnungen. Zwar gelang es ihnen so, die 50 Mieter ohne größeren Widerstand festzunehmen – aber 1.500 Demonstranten am Donnerstag, ganze zwei Stunden nach der Räumung, und 5.000 Demonstranten am Samstag bewiesen, daß Kapital und Staat sich verrechnet hatten. Mit noch größerem Haß als zuvor antworteten die Frankfurter Mieter auf den Terror des Kapitals und die konterrevolutionäre Gewalt der Polizei mit der revolutionären Gewalt der Massen.

Warum haben Polizeitruppen wochenlang die Mieter dieser Häuser Nacht für Nacht terrorisiert, warum sind 50 von ihnen überfallen und verhaftet worden? Weil das Profitinteresse des Kapitals verlangte, daß dort, wo bisher drei Wohnhäuser standen, jetzt ein 28-stöckiges Bürohaus stehen soll. Noch am Vormittag des Donnerstag wurden mit einem Riesenaufwand und starkem Polizeischutz die drei Häuser abgerissen. Die Zerstörungen wurden direkt von der Landesregierung geleitet.

Für die Interessen des Kapitals hat der Staat bisher Zehntausende von Frankfurtern aus den alten Wohngebieten der Stadt vertrieben. Nach den offiziellen Bebauungsplänen sollen in den nächsten 10 Jahren weitere 10 - 20.000 folgen.
Der Kampf der Bevölkerung gegen ihre Verbannung aus den alten Wohnungen in kahle Wohnsilos am Rande der Stadt mit geradezu astronomischen Mietpreisen nimmt immer mehr zu. Polizeiknüppel, Wasserwerfer und Tränengas schüchtern nicht ein, sondern steigern den Haß der Massen.

Das zeigte sich vor allem am Samstag, den 23.2.: 5.000 versammelten sich am Opernplatz zu einer riesigen Demonstration. Diese Demonstration war erlaubt, allerdings mit den Auflagen: keine Helme, keine Masken, keine Wurfgegenstände und keine Transparente mit "strafbarer Beschriftung". Das zeigt, wovor das Kapital sich fürchtet. Vor der revolutionären Gewalt der Massen und vor revolutionären Losungen, vor allem vor kommunistischen Parolen, die den Kampf der Massen auf den revolutionären Sturz des kapitalistischen Staates richten.

Und wie immer erhielt die reaktionäre Staatsgewalt Unterstützung von den modernen Revisionisten der D'K'P. "Laßt doch die Helme zu Hause", hieß es, "sonst haben die Bullen gleich einen Grund zuzuschlagen." Heißt das nicht, den Massen die Schuld an dem faschistischen Terror der Polizei in die Schuhe zu schieben? Heißt das nicht, den Massen einzureden, durch entschlossenen Kampf würden sie nur verlieren, durch Kapitulation wenigstens ihre Haut retten?



Empörte Demonstranten verprügeln Polizisten (Bildmitte)

Fortsetzung auf Seite 4

Tarifschwindel wird nicht ohne Antwort bleiben!

11% – dieser Abschluß der IG Metall-Bonzen in NRW, den der IGM-Apparat im Großen und Ganzen in allen Tarifgebieten durchsetzen will, bedeutet für die Kollegen – darüber gibt es keine Diskussionen – Lohnraub. Und keine Diskussionen kann es über die Tatsache geben, daß dieser Tarifbetrug für Kapital, kapitalistischen Staat und DGB-Apparat von Anfang an beschlossene Sache war.

Heißt das, daß die Kapitalisten die Arbeiterbewegung mit Hilfe ihrer Unterdrückungsinstrumente Staat und DGB-Apparat unter Kontrolle haben? Daran dürften selbst die Kapitalisten nicht glauben. Die gewachsene Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Arbeiterklasse wurde und wird auch in diesen Tarifbewegungen deutlich: der Streik der Kollegen im "öffentlichen Dienst", nur knapp kriegten die ÖTV-Bonzen ihren 11%-Verrat bei der Urabstimmung durch, in vielen Bezirken lehnten die Kollegen den Abschluß mehrheitlich rundweg ab. Zigtausende Metaller traten in spontane Kurzstreiks. Sofort nach Bekanntwerden des 11%-Abschlusses in NRW legten die Kollegen in zwei Frankfurter Betrieben mit der Losung "11% sind zu wenig!" die Arbeit für eine halbe Stunde nieder.

Dieser Tarifschwindel wird von der Arbeiterklasse nicht unbeantwortet bleiben. So wie im letzten Jahr Hundertausende sich gegen die Kapitalisten und gegen den DGB-Apparat trotz Polizeiterror Lohnerhöhungen erkämpften, so wird auch in diesem Jahr der Tariffrieden, den die Kapitalisten mit Hilfe ihres Staates und des DGB-Apparates der Arbeiterklasse aufzwingen wollen, durchbrochen werden.

Der ganze Tarifschwindel kann über die Tatsache der allgemeinen Verschärfung der Klassenwidersprüche nicht hinwegtäuschen. Der Aufschwung der Klassenkämpfe hat den engen Rahmen des Kampfes um wirtschaftliche Tagesforderungen gesprengt, um sich in immer stärkerem Maße gegen das kapitalistische System, gegen die Diktatur der Kapitalistenklasse zu richten.

Fortsetzung auf Seite 3

NDR zensiert Wahlrede des Genossen Ernst Aust

Nach langen Verhandlungen sollten schließlich einen Tag vor dem Sendetermin die Aufnahmen gemacht werden für eine Wahlsendung im Regionalfernsehen, wie sie jeder Partei bei den Wahlen zusteht.

Genosse Ernst Aust, Kandidat unserer Partei bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, saß bereits vor der Kamera, als die Intendanz des Fernsehens kam und verlangte, eine Passage der Rede zu streichen. Diese Passage war ein Kernstück der Rede, eine grundlegende Position unserer Partei zum Parlamentarismus: "Wir werden beweisen, daß ein bürgerliches Parlament nichts anderes verdient, als durch den revolutionären Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden!"
Die Intendanz des NDR war noch so frech und bot an, die Sendung doch ohne die Passage zu drehen – die Partei könne dann ja am nächsten Tag noch entscheiden, ob gesendet werden soll oder nicht.

Genosse Ernst Aust hat dieses Vorgehen des NDR entschieden zurückgewiesen. Unsere Partei wird auch im Wahlkampf keinen Deut von ihrem revolutionären Programm abstreichen. Und schon gar nicht, nur weil es der Bourgeoisie nicht in den Kram paßt.
Noch am selben Abend wurde ein Rechtsanwalt eingeschaltet, um eine Verfügung gegen den NDR zu erwirken, die den NDR zwingen soll, unzensiert die Wahlsendungen der KPD/ML zu übertragen.
Der NDR hatte bereits eine Rundfunkaufnahme der KPD/ML zur Wahl nicht gesendet, weil unsere Partei nicht bereit war, Abstriche von ihrer revolutionären Linie zu machen.

Letzte Meldung aus Hamburg

Wahlhelfer der KPD/ML von Polizei mit Maschinenpistole bedroht

Als drei Genossen am Sonntag Stellschilder der KPD/ML ausbessern, bremst quietschend neben ihnen ein Polizeiwagen. Mit vorgehaltener Maschinenpistole springen Polizeibeamte heraus und verlangen ihre Ausweise zu sehen. Als diese sich verteidigten, daß sie legal die Wahlschilder der KPD/ML ausbessern, behauptet ein Polizeibeamter: Er wisse nichts von einer Wahlbeteiligung der KPD/ML. Während die Genossen mit MP bedroht wurden, bis sie ihre Ausweise zeigten, riß ein Beamter ein Plakat der KPD/ML herunter.
Hierbei kann es sich nur um einen geplanten Überfall handeln! Denn Maschinenpistolen gehören unseres Wissens nach noch nicht zur Standardausrüstung von Streifenwagen!

Verfassungsdebatte im Bundestag:

Allparteienfront gegen den Marxismus-Leninismus

"Was vor zehn Jahren noch selbstverständlich war – die Anerkennung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung – das muß heute gegenüber Zweifeln, gegenüber prinzipieller Kritik und sogar gegenüber offenen Angriffen verteidigt und glaubhaft gemacht werden."

Diese Worte Genschers in der Verfassungsdebatte im Bundestag zeigen, daß die herrschende Klasse diese Diskussion um das Grundgesetz nicht aus Stolz über die Verfassung veranstaltet, sondern im Bewußtsein einer heranreifenden tiefen politischen Krise des kapitalistischen Systems in Westdeutschland und Westberlin.

In der Verfassungsdebatte formierten sich alle Parteien – ungeachtet des üblichen Theaterdonners zwischen CDU und SPD – gegen die wachsenden Kämpfe der Massen und den zunehmenden Einfluß des Marxismus-Leninismus und der KPD/ML in der Arbeiterklasse. Der Grundzug ihres Kampfprogramms gegen die wachsenden Kräfte der Revolution heißt: Stärkung des Reformismus und Ausbau des staatlichen Gewaltapparats.

Die Bourgeoisie hat bei den jüngsten Kämpfen der Arbeiter, bei den Aktionen der KPD/ML gesehen, wie groß das Interesse der Massen am Kommunismus ist. Sie mußte feststellen, daß ihr Plan, die Marxisten-Leninisten als Politrokker, als Kriminelle zu verteufeln und so von den Massen zu isolieren, weitgehend gescheitert ist.

In der Verfassungsdebatte wird darum versucht, diesen Drang der Massen zum Sozialismus in die reformistische Sackgasse zu lenken. Nicht nur die SPD, sondern auch die CDU betonen ihre Sympthie für den Sozialismus. Das, so ein Vertreter der SPD, sei sogar das eigentliche Ziel der Verfassung.

Natürlich glaubt die Bourgeoisie nicht im Ernst daran, den Massen die SPD noch einmal als eine Partei des Sozialismus verkaufen zu können. Das Beschwören eines Sozialismus im Auftrag und auf dem Boden der Verfassung ist eine massive Schützenhilfe für die D'K'P, die Partei, die heute als Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung für die "Verwirklichung des sozialistischen Sinns der Verfassung" plädiert und so der Arbeiterklasse weismachen will, innerhalb dieses kapitalistischen Systems könne der Sozialismus auf dem Weg der Reformen erreicht werden.

Dagegen sagt die KPD/ML klipp und klar: an der Verfassung gibt es nichts zu verbessern. Sie war von Anfang an ein Grundgesetz des Kapitals gegen das Volk. Wer für die Verfassung eintritt, tritt für das Kapital ein.

Genau an diesem Punkt hört die "Sozialismusfreundlichkeit" für die Bourgeoisie auf. Über diesen "Kern" der Verfassung wird nicht diskutiert. Das zeigt sich jetzt wieder bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Während die D'K'P auf Kosten des Steuerzahlers wie die CDU und die SPD ihre reformistische Propaganda machen kann, wird der KPD/ML verboten, für die sozialistische Revolution zu agitieren, soll die kommunistische Agitation und Propaganda mit Polizei- und Justizterror unterbunden werden. Denn vor dem unversöhnlichen Klassenkampf, davor, daß der Marxismus-Leninismus in den Kämpfen der Arbeiter zur materiellen Gewalt wird, hat die Bourgeoisie Angst. Genscher: "Der soziale Rechtsstaat ist so die Antithese zum Klassenkampf." – "Auch hier gilt: Wehret den Anfängen! Das richtet sich nicht nur gegen die Anwendung von Gewalt, es richtet sich ebenso gegen die Aufforderung dazu, gegen die Verherrlichung der Gewaltanwendung, wie gegen die Verniedlichung ihrer Folgen."

Gegen diese "Verfassungsfeinde" – darüber waren sich alle Parteien einig – muß geschlossen vorgegangen werden, muß der staatliche Gewaltapparat ausgebaut werden.

Mit der Verschärfung des Polizei- und Justizterrors ist die herrschende Klasse gerade in den letzten Monaten allerdings auf den heftigen Widerstand der Werktätigen gestoßen. "Gestapo-Methoden", "Wie 33!" – Diese Worte fielen oft. Deshalb wurde in der Verfassungsdebatte versucht, die wachsende Empörung gegen die Faschisierung des Staatsapparates auf die NPD, die "rechte Gefahr" zu lenken. Es wurde so getan, als gäbe es die Alternative NPD = Faschismus, D'K'P = Kommunismus.

Das ist eine falsche Alternative. Die Frage Faschismus oder Kommunismus entscheidet sich nicht daran, welche Partei im Kapitalismus an der Macht ist. Sollten die D'K'P-Führer an die Regierung kommen, so wird hier bei uns der "Sozialismus marschieren" wie heute im anderen Teil Deutschlands, in der DDR, wo die Arbeiterklasse für die Profite einer neuen Bourgeoisie ausgebeutet und mit faschistischer Gewalt niederhalten wird.

Nein, die Hauptgefahr für die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur in Westdeutschland geht vom kapitalistischen Staat selber aus, der Schritt für Schritt auf die offen terroristische Niederschlagung der Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Partei hin ausgebaut wird. "Ordnung durch Reformen" – so wurde dieses Programm in der Verfassungsdebatte formuliert.

Indem sie den Werktätigen auf den Weg der Reformen innerhalb des Kapitalismus festnageln will und mit allen Mitteln gegen die Vorhut der Arbeiterklasse, die KPD/ML kämpft, macht sich die D'K'P zum Wegbereiter des Faschismus.

Die einzige Alternative zum Faschismus, der Kommunismus, kann nicht von der Bourgeoisie erbettelt, er kann nur unter der Führung der KPD/ML im revolutionären Klassenkampf, durch den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats erreicht werden.
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

1.Prozeßtag im Schulte-Oßwald-Prozeß

Ein Erfolg, aber noch kein Sieg!

"Freiheit für Oßwald, Freiheit für Schulte!"; "Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!"; "Hände weg von der KPD/ML!"; "Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" – unter diesen Losungen demonstrierten über 300 Kollegen, Freunde und Genossen in Bochum gegen den Oßwald/Schulte-Prozeß, mit dem die Bourgeoisie das Verbot unserer Partei als "kriminelle Organisation" und ein generalles Verbot marxistisch-leninistischer Agitation und Propaganda vorbereiten will. Am Vorabend bzw. Abend des 1. Prozeßtages fanden in Bochum und Dortmund Veranstaltungen gegen diesen Anschlag der bürgerlichen Klassenjustiz auf unsere Partei statt.

Über 100 Kollegen und Genossen waren am 1. Gerichtstag gemeinsam mit den beiden Angeklagten vor Gericht erschienen. Das Gericht gab sich liberal: ein größerer Saal als vorgesehen, Bänke werden hineingeschleppt, damit auch ja kein Genosse stehen muß. Auf Antrag der Verteidigung und der Angeklagten wird das Kruzifix entfernt. Kein Wort des Widerspruchs vom Richter, als Genosse Oßwald ausführt, Religion sei Opium für das Volk, das die Massen vom Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker abhalten solle.

Sehr schnell wird klar, warum die ansonsten ja nicht gerade zimperliche Klassenjustiz an diesem 1. Prozeßtag solche Zurückhaltung an den Tag legt: der Richter spricht von der Demonstration, die anläßlich dieses Prozesses stattgefunden hat, zitiert Flugblätter, verweist auf die große Zuschauerzahl. Der Kampf der Partei hat bei den Justizbütteln des Kapitals sichtlich Wirkung gezeigt.

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellte die Verteidigung den Antrag, das Verfahren an ein Amtsgericht zu verweisen, da angesichts der Tatsache, daß die ZB-Partei aufgelöst ist, angesichts des Bundesgerichtsurteils in Bezug auf die Gruppe Rote Fahne und angesichts der Teilnahme der KPD/ML an den Hamburger Bürgerschaftswahlen eine Anklage wegen § 129 (kriminelle Vereinigung) in jeder Hinsicht unhaltbar sei. Dieser Antrag wurde von der Verteidigung später dahingehend erweitert, das Verfahren einzustellen.

Genosse Oßwald bewies in seinen mehr als zweistündigen Ausführungen zu dem Antrag der Verteidigung anhand der Schrift des Genossen Stalin "Über die Grundlagen des Leninismus", daß die KPD/ML alle Kriterien einer Kommunistischen Partei erfüllt, daß darum der Versuch der Bourgeoisie, unsere Partei als "kriminelle Organisation" abzustempeln, völlig absurd ist, in Wirklichkeit den zum Scheitern verurteilten Versuch darstellt, vor den Massen zu verbergen, daß die Kommunistische Partei vom Klassenfeind verfolgt wird, weil sie für die Klasseninteressen des Proletariats kämpft, weil sie unmißverständlich erklärt, daß sie entschlossen ist, die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen zur proletarischen Revolution, zum gewaltsamen Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

Genosse Oßwald weist den Versuch der Anklage zurück, eine Identität zwischen der ZB-Partei und der KPD/ML zu konstruieren. Durch dieses hinterhältige Manöver versucht die Bourgeoisie, mit der scheinbar auf die ZB-Partei zugeschnittenen Anklage in Wirklichkeit die KPD/ML zu treffen. Genosse Oßwald zeigte auf, daß die ZB-Partei sich gerade im Gegensatz zur revolutionären Linie der KPD/ML immer mehr dem modernen Revisionismus angenähert hat.

Die Ausführungen des Genossen Oßwald wurden immer wieder vom Beifall der Genossen im Gerichtssaal unterbrochen. Für eine halbe Stunde beriet das Gericht über eine eventuelle Räumung des Gerichtssaales, nachdem der Staatsanwalt gefordert hatte, Maßnahmen für eine Räumung zu treffen. Aber angesichts der offenkundigen Kampfbereitschaft der Genossen, zog es das Gericht vor, die liberale Maske weiter zur Schau zu tragen.

Gegen Nachmittag – nicht einmal die Anklageschrift war bis dahin verlesen worden – verkündete das Gericht, der Prozeß werde um 1 Woche auf den 1. März vertagt, um die Anträge der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens bzw. Verweisung an das Amtsgericht zu überprüfen.
In dieser Entscheidung kommt zum Ausdruck, daß die bürgerliche Klassenjustiz durch den Kampf der Partei zunächst einmal in die Defensive gedrängt worden ist, daß das Gericht sich genötigt sieht, sich weitere Instruktionen zu holen. Das ist sicherlich ein Erfolg, aber es ist noch kein Sieg. Die Bourgeoisie hat diesen Prozeß lange und sorgfältig vorbereitet. Die Schlappe am 1. Prozeßtag wird sie nicht von ihrem Plan abbringen, diesen Prozeß zu einem harten Schlag gegen die Partei zu machen. Der Kampf geht weiter bis zur letzten Prozeßminute, damit der Stein, den die Bourgeoisie erhoben hat, auf ihre eigenen Füße fällt.

FREIHEIT FÜR OSSWALD, FREIHEIT FÜR SCHULTE!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

Atomwaffensperrvertrag

Wer droht denn mit Atomkrieg?

Endgültig hat das Bonner Parlament den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert.
Ist damit der Friede in Europa sicherer geworden? Sicher nicht. Nach wie vor stehen in beiden Teilen Deutschlands sich die Atomraketen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gegenüber und bedrohen den Frieden in Europa.

Die Ratifizierung des Vertrages wurde im Bonner Parlament gegen die Stimmen der CSU angenommen, die geschlossen den Atomwaffensperrvertrag ablehnt. Während die CSU offen den Anspruch der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf Atomwaffen kundtut, bedeutet die im Parlament beschlossene Unterschrift unter den Vertrag keineswegs den Verzicht auf Atomwaffen. Bereits während der ersten Lesung des Vertrages in Bonn hatte Außenminister Scheel darauf hingewiesen, daß auch künftig gewisse Moglichkeiten offen gehalten sind, eigenständig über Atomwaffen zu verfügen.

Der Atomwaffensperrvertrag, ein Werk der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, wird keineswegs den Frieden in der Welt sicherer machen. Mit dem Vertrag verlangen Washington und Moskau von den kleinen und mittleren Ländern, auf Atomwaffen zu verzichten, während das Atomwettrüsten der beiden nuklearen Supermächte davon unangetastet bleiben soll.

Wer aber droht denn ständig mit dem Atomkrieg? Die beiden Supermächte waren es, die mit der Drohung des Atomkrieges den Kampf des vietnamesischen Volkes um seine nationale Befreiung abwürgen wollten. Als sich im Oktober letzten Jahres die arabischen Völker erhoben, um die israelische Aggression zurückzuschlagen, als sie dem Feind schwere Schläge versetzten, waren es wiederum Washington und Moskau, die über die Gefahr eines Atomkrieges lärmten, um die arabischen Völker einzuschüchtern und ihren Befreiungskampf zu stoppen.

Und in Europa? Während die USA und die Sowjetunion in Wien bei den SALT-Gesprächen viel Geschrei um Abrüstung und Frieden machen, verschärfen sie immer mehr die Gefahr eines Atomkrieges in Europa. Über 700 Atomraketen haben die sowjetischen Sozialimperialisten auf Westeuropa gerichtet, um die Vorherrschaft in ganz Europa zu erringen. Hunderte von Raketen mit Nuklearsprengköpfen haben die US-Imperialisten in Westeuropa stationiert, um ihrerseits dem Sozialimperialismus zu drohen.

Die beiden Supermächte sind es, von denen die Hauptgefahr eines Atomkrieges ausgeht. Der Atomwaffensperrvertrag aber ist ein Diktat Washingtons und Moskaus, das die kleinen und mittleren Länder den hegemonistischen Zielen der beiden Supermächte wehrlos gefügig machen soll.

Die sowjetischen Sozialimperialisten hetzen heute gegen die VR China, weil sie nicht bereit ist, sich dem Atomdiktat der beiden Supermächte zu beugen. Während Breshnew seine Atomraketen auch auf die VR China gerichtet hat, verlangt er zugleich, daß China seine Atomtests einstellen soll. Wenn beide Supermächte ernsthaft atomare Abrüstung wollen, warum haben sie dann nicht die konsequenten Abrüstungsvorschläge der VR China angenommen:

– Auflösung aller Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien;

– Verpflichtung aller Atommächte, nicht als erste die Atombombe zu werfen;

– Einstellung aller Atomtestversuche, einschließlich der unterirdischen;

– Vernichtung aller Atomwaffen, ihrer Träger, Auflösung der Forschungsinstitute für den Atomkrieg;

– Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als Ergebnis einer Konferenz, bei der alle Länder der Welt anwesend sind.

Die beiden Supermächte haben kein Interesse, ihre Atomwaffen zu vernichten. Im Gegenteil. Während sie von aller Welt verlangen, abzurüsten, treiben sie selbst wie wahnsinnig ihre atomare Rüstung voran, um sich gegenseitig in ihrem Kampf um die Beherrschung der Welt zu übertrumpfen und zugleich die Völker in ihrem Kampf um Unabhängigkeit, nationale Befreiung und Revolution einzuschüchtern.

Für die kleinen und mittleren Länder kann und darf es heute keine Abrüstung im Kampf gegen die beiden Supermächte geben. Sie müssen sich rüsten, um der Kriegsgefahr, die von den beiden Supermächten ausgeht, gewappnet entgegenzutreten.

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag und Redaktion (G. Schubert) 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526,PSchKto Dortmund Nr. 417 06 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231/411350 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck NAV GmbH 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

Tarifschwindel wird nicht ohne Antwort bleiben!

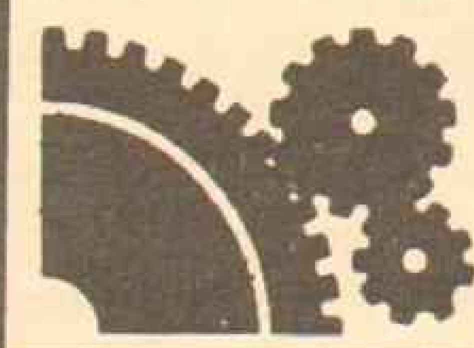
Dieser Kampf steckt erst in den Anfängen, aber die Bourgeoisie weiß, was auf sie zukommt. Nicht umsonst wird der alte Hut "Mitbestimmung" jetzt neu aufgeputzt. Wo der Drang zum Sozialismus in der Arbeiterklasse immer mehr Raum gewinnt, wird es für die Kapitalisten zur absoluten Notwendigkeit, Illusionen in der Arbeiterklasse zu schüren, der Kapitalismus könne durch Reformen grundlegend verändert werden, die Arbeiterklasse könne über die Mitbestimmung zur Selbstbestimmung gelangen. Das gleiche Ziel verfolgt die Bourgeoisie, wenn sie in der Verfassungsdebatte im Bundestag den "Sozialismus" auf der Grundlage des Grundgesetzes als möglich hinstellen läßt.

Ihr Hauptinstrument, um diese Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten, ist die D'K'P. Jetzt treten die D'K'P-Revisionisten mit 10 Forderungen auf, die die Arbeiterklasse angeblich vor Krisenfolgen schützen sollen. Unter anderem verlangt die D'K'P vom kapitalistischen Staat Lohnerhöhungen, Steuersenkungen, Rentenerhöhungen, Preisstopp, Schluß mit dem Zechensterben, Kürzung der Rüstungsausgaben und natürlich muß es die volle Mitbestimmung sein.

Diese Forderungen sind aufgestellt, um die Arbeiterklasse vom Kampf abzuhalten. Die Arbeiterklasse kann sich nicht dadurch vor den Folgen der Krise schützen, daß sie den bürgerlichen Staat und damit die Kapitalisten höchstpersönlich um milde Gaben anbettelt. Nicht das Vertrauen zum Kapital und seinem Staat, sondern unversöhnlicher, revolutionärer Klassenkampf gegen die Kapitalisten, ihren Staat und ihre Handlanger in der Arbeiterbewegung wie dem DGB-Apparat und der D'K'P ist notwendig. Die Arbeiterklasse von diesem Kampf abzuhalten – das ist die Aufgabe der D'K'P.

Unsere Partei bekämpft diese Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse schonungslos. Nicht nur weil sie das revolutionäre Endziel, den endgültigen Sturz des Kapitalismus verraten haben, sondern auch weil sie in jedem Tageskampf den Arbeitern in den Rücken fallen. Sie reden von "realistischen Forderungen", von "wirtschaftlicher Vernunft" und "vertretbaren Abschlüssen" und meinen, daß die Arbeiterklasse sich nach den Interessen der Kapitalisten richten soll. Unsere Partei sagt klar: die Arbeiterklasse kann nur konsequent für ihre Tagesinteressen kämpfen, wenn sie das ganze kapitalistische System bekämpft. Auch der Tageskampf muß revolutionär geführt werden.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!
VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!



Arbeiterkorrespondenz

Kampf der Entlassung von Schwester Ute!

An der Universitätsaugenklinik in Münster wurde der Krankenschwester Ute zum 1.4.74 gekündigt. Ein Grund wurde ihr nicht angegeben. Aber jede Kollegin, jeder Kollege weiß, worum es geht: Krankenschwester Ute ist Kommunistin und tritt für die kommunistische Partei, die KPD/ML, ein. Und die Bewegung unter den Kolleginnen und Kollegen an den Unikliniken wächst. Im Mai 73 haben sich Pfleger und Schwester der Krankenpflegeschule in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen, in dem auch die Rote Garde mitarbeitet. Ohnehin macht der Krankenhausleitung am meisten zu schaffen daß der Einfluß der Roten Garde langsam aber stetig wächst, nicht zuletzt durch die Betriebszeitung "Rote Bazillen", die die Wahrheit über das kapitalistische System sagt und den revolutionären Ausweg zeigt. Das sind die wahren Gründe für die Kündigung der kommunistischen Krankenschwester Ute. Aber die Solidarität unter den Kollegen ist groß. Fast 400 Unterschriften wurden inzwischen gegen die Entlassung gesammelt. Von Genossen der CISNU wurden 60,-- DM gespendet, die Liga gegen den Imperialismus erklärte sich solidarisch. Auf die Solidarität der D'K'P-Revisionisten allerdings verzichtete Schwester Ute, als die Revisionisten von ihr verlangten, sie solle sich auf den Boden des Grundgesetzes stellen.

Kampf der Entlassung von Schwester Ute!
Proteste gegen die geplante Entlassung der kommunistischen Krankenschwester an:
Uni-Augenklinik Münster
Direktor
44 Münster
Westring

Kommentar überflüssig

In einer der letzten Nummern des Roten Morgen war ein Artikel über das Gesundheitswesen in China. Da sich nicht alle Genossen vorstellen können, auf welchem Stand die medizinische Versorgung in den Betrieben häufig ist, deshalb dies Beispiel:

Ich arbeite im Eisenbahnausbesserungswerk Bremen. Wenn bei uns ein Kollege während der Arbeit verletzt wird, dann müssen wir ihn häufig mit E-Karren zum Sanitäter bringen. Die staatliche-kapitalistische Bahn stellt einem Betrieb von 1600 Mann nicht mal genug Tragen, geschweige denn einen Werkswagen. Weiterer Kommentar ist wohl überflüssig.

Rotfront, ein Eisenbahnarbeiter

Ford Köln

Weg mit den Ausschlussanträgen!

16 Kollegen von Ford sollen auf Antrag der Vertrauensleutekörperleitung um Kuckelkorn aus der IG Metall ausgeschlossen werden. Sie sollen sich beim August-Streik einer "vernünftigen Einigung zwischen Betriebsrat und Streikleitung widersetzt haben", "zum Teil gegnerische Organisationen unterstützen" und "zum Austritt aus der IGM aufgefordert haben".

Im Klartext: diese Kollegen haben im August gemeinsam mit 10.000 anderen Fordarbeitern und der gewählten Streikleitung das unverschämte 280,-- DM-Angebot der Geschäftsleitung abgelehnt und solidarisch für die Forderungen der Kollegen gekämpft: 6 Wochen Urlaub! 1 DM mehr für alle! Keine Entlassungen!

Dabei benahmen sie sich allerdings feindlich gegenüber Vertretern des IGM-Apparates vom Schlage Kuckelkorns; denn Kuckelkorn und Konsorten standen beim Streik auf der anderen Seite: sie versuchten nicht nur, die Kollegen gegeneinander aufzuhetzen und zu spalten, sie beteiligten sich auch aktiv an der Zerschlagung des Streiks mit Hilfe der Polizei. Der IGM-Apparat erwies sich beim Fordstreik in aller Deutlichkeit als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Das wird besonders deutlich, wenn man weiß, daß die Kollegen, die der DGB-Apparat jetzt ausschließen will, mit einer Ausnahme nach dem Streik von den Fordkapitalisten gefeuert worden sind. Ganz eindeutig dient der IGM-Apparat hier den Fordkapitalisten als Instrument, um ihre Interessen gegen die Fordkollegen durchzusetzen. Darum betonen die Kollegen in einer Resolution, daß sie sich nicht der Illusion hingeben, der DGB-Apparat könne erobert, zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse gemacht werden.

Über 50 Kollegen versammelten sich am 19.2. zu einer Protestkundgebung vor dem Kölner DGB-Haus. Obwohl die Unterschriftenaktion für die schon erwähnte Resolution gegen die Ausschlüsse noch gar nicht richtig angelaufen war, hatten sich bereits rund 100 Kollegen in die Unterschriftenlisten eingetragen. Von den IGM-Bonzen ließ sich auf der Kundgebung natürlich keiner blicken, aber unter dem Druck der Kollegen hatte der Kölner IGM-Vorsitzende Tollusch den Kollegen zugestanden, daß ihnen im DGB-Haus ein Raum zur Verfügung gestellt wurde. Aber das war natürlich nur ein taktisches Manöver: der Hausmeister wurde von den IGM-Bonzen vorgeschickt, um zu erklären, die Veranstaltung sei nicht ordnungsgemäß eingetragen usw. Die IGM-Bonzen scheuten sich nicht, die Polizei zu holen, um DGB-Mitglieder aus dem DGB-Haus zu vertreiben, was nicht weiter verwunderlich war, da die Bonzen ja auch beim Streik bereits an der Seite der Bullen mit Gewalt gegen die Kollegen vorgegangen sind. Aber auch an diesen Maßnahmen der Bonzen werden immer mehr Kollegen erkennen, daß der DGB-Apparat schonungslos bekämpft werden muß.

Weg mit den Ausschlußanträgen!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Vorwärts beim Aufbau der RGO!

D'K'P liefert Entlassungsgründe

Am 14.2.74 war dem kommunistischen Mannesmann-Arbeiter Brenner der Ausschluß aus der IGM angekündigt worden. Am 18.2.74 erhielt er Hausverbot im Betrieb. Sowohl beim Gewerkschaftsausschluß wie auch bei dem Hausverbot verhielt sich Kollege Brenner als Kommunist. Er antwortete der IGM mit einem offenen Brief, in dem er sich zur Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML bekannte. Er ging trotz Hausverbot in den Betrieb und kämpfte mit Unterstützung seiner Kollegen gegen diesen Betriebsterror, so daß ihn die Mannesmann-Bosse durch die Polizei aus dem Betrieb holen mußten.

Drei Tage später erhielt er die fristlose Kündigung. Begründung: die Vorfälle am 18.2.

Warum diese Begründung, wo schon am Freitag längst feststand, daß der Kommunist Brenner entlassen werden soll?

Kollege Brenner hat mit seinem Verhalten am Freitag allen Mannesmann-Kollegen gezeigt, daß sein Streikaufruf gegen die Entlassung der 22 Mannesmann-Kollegen nicht nur Geschwätz war, sondern daß er tatsächlich bereit ist, konsequent gegen das Kapital zu kämpfen.

Er hatte dabei die Unterstützung seiner Kollegen. Mehr als 150 haben mit ihrer Unterschrift gegen seine Entlassung und gegen seinen Gewerkschaftsausschluß protestiert. Sie verteidigten seinen Standpunkt auch, als am 18.2. die D'K'P versuchte, ihn zur Kapitulation zu bewegen, weil er angeblich so seine Entlassung verhindern könne.

Jetzt können die modernen Revisionisten von der D'K'P mit der Entlassungsbegründung der Geschäftsleitung durch den Betrieb laufen und sagen, sie hätten recht behalten. Wahrlich eine saubere Zusammenarbeit von Kapital und D'K'P-Revisionisten. In gemeinsamer Anstrengung sollte nicht nur der Kommunist Brenner aus dem Betrieb geworfen werden, sondern gleichzeitig dem Kampfgeist der Mannesmann-Arbeiter ein erneuter Schlag versetzt werden. Aber der Kampf sowohl für die Einstellung aller 22 Kollegen wie des Kollegen Brenner geht weiter. Kapital und D'K'P sollen sich nicht zu früh freuen.

Berichtigung

Im RM Nr. 6 schrieben wir in dem Artikel "Weg mit dem Ausschlußantrag", das D'K'P-Revisionisten in der Vertrauensleutekörperleitung bei HDW die Ausschlußanträge gegen die vier fortschrittlichen Jugendvertreter gestellt hätten. Diese Information ist nicht richtig. Ein Hamburger Genosse schreibt: In der Vertrauensleutekörperleitung sitzen meines Wissens keine Revisionisten, zumindest sind die Ausschlußanträge nicht von ihnen gestellt worden." Dieser Sachverhalt war in der RM-Korrespondenz unklar dargestellt worden. Davon unabhängig ist die Tatsache, daß die D'K'P-Revisionisten bei der Hetze gegen die 4 Jugendvertreter auch vor offenen Denunziationen nicht zurückschreckten, um ihr schmutziges Geschäft als Agenten der HDW-Bosse zu betreiben.

Ausschluß hinter dem Rücken der Mitglieder

'Auf keinen Fall bin ich bereit, Euer schmutziges Spiel der Gesinnungsschnüffelei und der politischen Erpressung mitzumachen." mit diesen Worten weigerte sich der Kollege Franz P., Jugendvertreter bei Südbremse in München, dem unverschämten Ansinnen der IG Metall-Ortsverwaltung, eine Distanzierung von der KPD/ML zu unterschreiben, Folge zu leisten. Die IGM-Ortsverwaltung will nun gemeinsam mit dem Vorstand den Kollegen ohne Verfahren, also hinter dem Rücken der Mitglieder, ausschließen. Die Angst der Bonzen vor einem öffentlichen Ausschlußverfahren wurde schon deutlich, als die Gewerkschaftsführung die nach dem Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene vierteljährliche Betriebsversammlung mit der absurden Begründung verhinderte, es habe ja in einer Abteilung schon eine zehnminütige Abteilungsversammlung statt gefunden. Kollege Bachmann, ein fortschrittliches Betriebsratsmitglied, rief dagegen - natürlich ohne Erfolg - das Schiedsgericht an. Voller Empörung trat der Kollege aus dem Betriebsrat, dessen reaktionärer Vorsitzender Hartl den Ausschlußantrag gegen Franz P. gestellt hatte, aus.

Politische Entlassung bei Osram

Um ihre Rationalisierungspläne möglichst widerstandslos durchzusetzen, haben die Osram-Bosse zwei Kollegen aus der Elektrowerkstatt des Werkes in Westberlin, die mutig und kämpferisch auf Betriebsversammlungen aufgetreten waren, entlassen. Nach den Rationalisierungsplänen, die die Osram-Bosse - wie die Betriebszeitung der KPD/ML "Rotlicht" schreibt - bei den leitenden Angestellten schulen ließen, sollten 250 Kollegen des B-Werks entlassen werden. Der Kampf für die Zurücknahme der politischen Entlassungen muß mit dem Kampf gegen die verschärfte Rationalisierung verbunden werden.

Fahrpreiserhöhungen in Bochum / Gelsenkirchen:

Fünf brennende Fragen der GRF...

Um saftige 60 % wurden die Preise der Bogestra (Bochum-Gelsenkirchener-Straßenbahngesellschaft) zuletzt erhöht. Das war vor 11 Monaten. Ab 1. März gehen die Preise schon wieder in die Höhe, um 25 %. Die billigste Fahrt wird dann eine, die teuerste sogar zwei Mark kosten. Dabei gehört die Bogestra heute schon zu den Straßenbahngesellschaften mit den höchsten Preisen und dem schlechtesten Service in ganz Deutschland.

Unsere Partei hat zum Kampf gegen diesen Wucher aufgerufen unter den korrekten Parolen: "Wir zahlen keinen Pfennig mehr, Nulltarif im Nahverkehr!" und "Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung – vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger".

Die Gruppe Rote Fahne allerdings hat in diesen Aktionen mit Klassenkampf nichts im Sinn. Statt den Kampf der Bevölkerung unter revolutionären Losungen zu organisieren, ruft sie zum individuellen Fahrpreisboykott, zum Schwarzfahren auf und spaltet sie die Bewegung. Ein Flugblatt, in der letzten Woche vom "Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen" verteilt, hinter dem sich die GRF diesesmal versteckt, zeigt, wie tief diese Organisation bereits im Sumpf des Reformismus und Revisionismus versunken ist. In einem "Offenen Brief" an den "Sehr geehrten Herrn Oberbürgermeister Claus, Mitglied des Aufsichtsrates der Bogestra", verlangt sie: "Rechtfertigen Sie (!) die Fahrpreiserhöhungen auf unserer Veranstaltung!" und stellt fünf "knallharte" Fragen:

Da ist zum Beispiel die Tatsache, daß die Fahrpreiserhöhungen in Geheimsitzungen des Stadtrates, hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurden. "Um diesen Volksfeinden trotzdem die Maske vom Gesicht zu reißen", will die GRF vom Herrn Oberbürgermeister gern wissen: "Widersprechen sich 'sachliche Entscheidungen' im Stadtrat und die Interessen der Bevölkerung? " Wahrlich, eine kühne Entlarvung des bürgerlichen Staatsapparates!

Auch das theoretische Niveau der GRF ist in den letzten Wochen beachtlich gestiegen. Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale etwa, das kauft sie keinem mehr ab! Empört rechnet sie dem Herrn Oberbürgermeister vor: "Lohnerhöhungen um 20%, Fahrpreiserhöhungen um ca. 60%. Die Lohnerhöhungen erklären also nicht die drastischen Fahrpreiserhöhungen!" Hätten sie das den Herren im Rathaus doch nur eher gesagt! Bestimmt wären die Fahrpreise dann nur um 20% gestiegen.

Und dann gibt es noch einen weiteren wunden Punkt bei der Bogestra: Die Busse, die in Bochum, Wattenscheid und Gelsenkirchen fahren, hat die Stadt zu weit überhöhten Preisen von MAN gekauft. Was da nur dahintersteckt? "Wieso", fragt die GRF, "wieso ist das Geld für die Monopole vorhanden, nicht aber für die Bevölkerung? " Das will die D'K'P auch schon lange wissen! Warum nur, warum ist im Kapitalismus immer Geld da fürs Kapital, aber keines fürs Volk? Fragt den Herrn Oberbürgermeister, der wirds schon wissen!

"Die wichtigste Frage aber, die wir haben, ist folgende: Wo sollen die Werktätigen, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten das Geld hernehmen, um die steigenden Preise bezahlen zu können? " Ganz bestimmt wird der Herr Oberbürgermeister darauf antworten: "Sie müssen halt gegen die Fahrpreiserhöhungen, um höhere Löhne kämpfen!"

Wollen uns das die Führer der GRF als neueste Auslegung der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung verkaufen: Wenn das Volk nicht mehr weiß, wovon es leben soll, wenn es vom Kapital und seinem Staat ausgepreßt wird – dann soll es im Rathaus bei seinen Feinden im Staatsapparat um Rat fragen? Das ist nichts anderes als eine Methode wie sie auch die D'K'P benutzt, um den antagonistischen Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse zu verwischen und die Klassenversöhnung zu predigen.

Lenin hätte diese Politik freilich anders genannt: Revisionismus, der das Volk vom unversöhnlichen Klassenkampf abhalten soll!

Demagogie der gleichen Sorte hat in Bochum auch eine andere, bürgerliche Partei betrieben: Sie forderte den Oberbürgermeister auf, auf einer Veranstaltung Stellung zu den Fahrpreiserhöhungen zu nehmen. Ihre Fragen sahen im Prinzip nicht anders aus als die der GRF. Das entsprechende Flugblatt kam von der SPD...

Fortsetzung von Seite 1

Kampfdemonstration in Frankfurt



Kaum sind die Bewohner vertrieben, werden die Häuser zerstört ...

Sie verbreiten mit Unterstützung des 'K'BW die Parole: "Die Polizei soll sich endlich in den Dienst des Volkes stellen, nicht mehr in den Dienst des Kapitals!"
Doch auch D'K'P und 'K'BW konnten nicht verhindern, daß unter revolutionären Losungen und mit revolutionärer Gewalt gekämpft wurde.

Es ging zunächst in einem riesigen Zug durch die ganze Stadt. Die KPD/ML hatte einen eigenen Block gebildet mit der Parteifahne an der Spitze. Eine der Parolen hieß: "Von Spekulation und Mietwucherei macht uns nur der Sozialismus frei!"
Die Polizei wagte nicht einzugreifen. Selbst dann nicht, als an Banken und am Wohnungsamt die Fensterscheiben klirrten. Zum Zusammenstoß kam es an der Bockenheimer Landstraße, wo bis vor zwei Tagen die drei Wohnhäuser gestanden hatten. Plötzlich spritzte ein Wasserwerfer über die Straße. Ungefähr tausend Demonstranten gelang der Durchbruch. Es entwickelte sich ein heftiger Kampf. Barrikaden wurden errichtet, Autos quergestellt – die Polizeifahrzeuge kamen nicht mehr durch. Verhaftete wurden befreit, Polizeischilde und Waffen erbeutet. Schließlich trieb die anrückende Polizeiverstärkung die Demonstranten auf das Uni-Gelände und in die Straßen. Es sah aus wie auf einem Schlachtfeld. Über das Unigelände konnte man nachher nur mit tränenden Augen gehen, so viel Tränengas war verspritzt worden.

Im Anschluß an die Demonstration versuchte die Polizei in blindwütigem Einsatz ihre Schwäche zu vertuschen. 18 Menschen wurden auf der Straße verhaftet, darunter der AStA-Vorsitzende, der die Demonstration angemeldet hatte. Am Abend wurde die Universität von der Polizei besetzt, an die hundert Studenten festgenommen. Von den 50 festgenommenen Hausbesetzern waren am Sonntag einige immer noch in Haft. Begründung: sie hätten keinen festen Wohnsitz. Das stimmt. Sie haben keinen mehr, er ist ihnen von der Polizei zerstört worden.

Im Anschluß an die Demonstration am Sonnabend sprach ein Sprecher der Frankfurter Polizei den Polizisten seine Anerkennung dafür aus, daß sie nicht von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hätten. Berechtigt wäre es gewesen! Diese unverhüllte Aufforderung, in Zukunft das Feuer auf die kämpfenden Massen zu eröffnen, beweist deutlich, daß die Bourgeoisie mit blutigem Terror auf die Kämpfe der Massen antworten wird. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse niemals auf friedlichem Weg den Sieg über die Ausbeuterklasse erringen kann, sondem allein mit revolutionärer Gewalt, in der bewaffneten Revolution.
Vorwärts mit der KPD/ML zur sozialistischen Revolution!



.... 5000 geben dem Klassenfeind die richtige Antwort!

Ernste Warnung an Hamburger GRF-Führer!

Hamburger Genossen stellten fest, daß an der Universität die meisten Stellschilder und Plakate unserer Partei von der Gruppe Rote Fahne mit ihren "Stimmt ungültig"-Plakaten überklebt, zerrissen und zerstört waren.

Als die Genossen die GRF-Plakate von den unsrigen wieder abrissen, kam eine Hamburger Führerin des Studentenverbandes der GRF und versuchte auch noch, die Genossen daran zu hindern. Als das nicht gelang, kündigte sie an: **"Wir werden eure sämtlichen Stellschilder, Plakate und Kleber überkleben, abreißen und zerstören, wo immer wir sie treffen."**

Damit reiht die Gruppe Rote Fahne sich offen in die antikommunistischen Aktionen der Bourgeoisie und ihrer Büttel bei Polizei, Rundfunk und Fernsehen ein, um die kommunistische Propaganda unserer Partei bei den Hamburger Wahlen zu verhindern.

Die Hamburger Genossen haben dem die einzig richtige Antwort erteilt und an die GRF-Führer in Hamburg eine ernsthafte Warnung gerichtet. Unsere Partei führt den Klassenkampf nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit der Faust! Wer sich offen zum Helfer der Bourgeoisie und ihrer Anschläge gegen die KPD/ML macht, hat damit zu rechnen, daß dies entsprechend beantwortet wird!

München-Löwenbräu:

Zwei Tote - und keine Anklage!

12. April 1973: **Im Löwenbräukeller, einem der großen Münchner Festsäle, findet eine Veranstaltung statt: Mit Pop, Beat, und einer "Schönheits' konkurrenz wird Jugendlichen, fast noch Kindern, das Geld aus der Tasche gezogen. Am Abend sind zwei Mädchen, 14 und 16 Jahre alt, tot, 31 Jugendliche zum Teil schwer verletzt. Schuldig: die geldgierigen Pächter des Löwenbräu und der Münchner Ordnungsdienst, der zugelassen hatte, daß der Saal völlig überfüllt war und kaum Ausgänge freigemacht wurden. Einen Prozeß wird es nicht geben.**

2.150 Menschen sind im Lö-

halbmal soviel, etwa 3.200 Karten waren damals verkauft worden. Denn jede Karte bringt Geld – und hinter Geld muß die Sicherheit zurückstehen. Als die Menschenmenge nach der Veranstaltung zum Ausgang drängt, bricht eine Panik aus: Sämtliche Seitenausgänge sind versperrt: auch der Hauptausgang, ein mehrflügeliges Tor, ist nicht ganz geöffnet.

Für mehr als 3.000 Menschen steht als einziger Ausgang eine ein Meter breite Tür zur Verfügung! Die Menge staut sich, drängt, stößt, "Feuer" heißt es. Schreiend versuchen die Jugendlichen hinauszustürzen. Barbara Mayr und Olga Tschriwa werden zu Boden getrampelt, getötet. 31 Kinder und Jugendliche müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen die Pächter des Löwenbräu und den Einsatzleiter des Ordnungsdienstes wegen "fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung" – eine beschönigende Umschreibung für das, was hier geschehen ist: Mord an Kindern und Jugendlichen! Mord aus Profitgier! Aber die Löwenbräukapitalisten brauchen sich keine Sorgen zu machen: Das Amtsgericht München lehnt die Eröffnung einer Hauptverhandlung ab. Die bürgerliche Klassenjustiz sieht "keinen ausreichenden Tatverdacht" – angesichts von zwei Toten und vielen Verletzten!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Indien: "Es lebe Mao Tsetung!"

MAO SINDABAD!

Ausgeplündert und erpreßt von den sowjetischen Sozialimperialisten, unterdrückt vom reaktionären Ghandi-Regime, ausgeraubt bis aufs Blut von einem korrupten Beamtenapparat - so vegetieren die indischen Volkmassen.

Ein Drittel der Dorfbevölkerung, fast die Hälfte der Stadtbewohner sind chronisch unterernährt; Seit 1962 sank der pro-Kopf-Verbrauch der lebensnotwendigsten Güter um 7%, die Preise stiegen im gleichen Zeitraum um 165%; Trotz guter Getreideernten im vergangenen Jahr hungert das Volk mehr denn je - das Getreide verschwindet auf dem Schwarzen Markt; Zwei Drittel der Bevölkerung sind ständig arbeitslos oder unterbeschäftigt; Seuchen breiten sich aus, die längst als ausgerottet galten; Cholera, Malaria, Pocken; Die Lebenserwartung liegt weit unter 40 Jahren; Durch einen gewaltigen Polizeiapparat, durch religiöse Fesseln und Kastenunwesen wird das Volk unterdrückt. Aus dem Blut und dem Elend von Millionen pressen die sowjetischen Imperialisten und ihre indischen Handlanger Profite.

In den letzten Jahren hat die Sowjetunion den britischen Imperialisten bei der Unterjochung Indiens abgelöst. Seit dem Machtantritt der Chruschtschow-Clique ist der sowjetische Kapital- und Warenexport nach Indien um 130% gestiegen. Die indische Wirtschaft wird umorganisiert nach den Wünschen der Sozialimperialisten. Die Handelsbedingungen diktieren die neuen Kreml-Zaren: So muß Indien z.B. die Tonne Nickel für 15 000 Rupien verkaufen - der Weltmarktpreis liegt doppelt so hoch! Als im vergangenen Jahr die Erdnußernte niedriger ausfiel als normal und Indien sein Erdnußöl selbst notwendig gebraucht hätte, zwangen die Moskauer Herren das Land, Schuldentilgung ausgerechnet in Form von Erdnußöl durchzuführen. Das Handelsabkommen, Ergebnis des Breschnew-Besuches im letzten November, kettet Indiens Wirtschaft auf 15 lange Jahre an die Sozialimperialisten. Auch politisch haben sie Indien unterjocht, mit dem Moskau-Neudehli-Pakt vom Herbst 1971: Sie hetzten das Land in den Krieg gegen Pakistan, versuchen, durch die Unterwerfung Indiens die Einkreisung der Volksrepublik China fortzuführen.

Die herrschende Clique in Indien selbst steht diesen Verbrechen in Nichts nach. Korruption, Vetternwirtschaft, Schwarzmarkt und Wucher pressen den indischen Völkern das Mark aus den Knochen. In der Wohnung eines niedrigen Beamten, der nur 350 DM im Monat verdient, fanden sich Werte von Hunderttausenden in Form von Aktien, Eigentumsbriefen an Grundstücken, Juwelen - zusammengerafft aus Erpressungs- und Schmiergeldern. Indira Ghandi selbst ist in einen ungeheuren Bestechungsskandal verwickelt. Organisierte, staatlich geduldete Verbrecherbanden stehlen die Ernten, schlagen Kinder zu Krüppeln und schicken sie zum Betteln. Großgrundbesitzer töten "Parias", die Ärmsten der Armen, ohne in irgendeiner Form bestraft zu werden. Die staatliche Unterdrückung verschärft sich täglich. Seit 1963 stieg der Polizeietat von 13 auf 500 Millionen Rupien, der Militärhaushalt wurde 1973 um 21% erhöht.

"Die Inder sind selbst schuld an ihrem Elend. Erstens schlachten sie ihre "Heiligen Kühe" nicht, zweitens nehmen sie alles Leid als "gottgewollt stillschweigend hin". Das ist der unverschämte Kommentar bürgerlicher Zeitungen zur unsäglichen Not der indischen Völker. Aber ebensowenig wie andere Völker nehmen die indischen Volksmassen Ausplünderung und Unterdrückung kampflos hin! Der indische Staat ist verfault und morsch. Haß gegen die sowjetischen Ausbeuter erfüllt Indiens Völker. 520 Millionen Inder sind bereit, ihre Ketten abzuwerfen!



Demonstration gegen hohe Preise in Neu-Delhi

Der Kampf schreitet voran!

Als die Regierung im letzten Jahr eine erneute Preissteigerung und gleichzeitige Kürzung der Getreiderationen ankündigte, war das Maß voll. Am 1. Januar begann im Bundesstaat Maharatstra der Kampf gegen die Teuerung, der sich seither immer mehr zu einem Kampf gegen das Regime ausweitet.

Am 3.1. streikten in Bombay bereits 1 Million Arbeiter. Taxi, Bus- und Straßenbahnbetrieb, Läden, Hotels, Schulen, Banken, Zeitungen, der Hafen sind lahmgelegt. Indira Ghandi versucht, die aufgebrachten Volksmassen einzulullen. Bei einer Rede in Nagpur wird sie ausgepfiffen, mit Schuhen beworfen, flieht unter Polizeischutz. Am gleichen Tag fallen die ersten Schüsse: 6 Tote in Wani.

Am nächsten Tag beginnt der Streik der Lokomotivführer. Studenten demonstrieren in Gujarat gegen Teuerung. 2400 junge Ärzte in allen Staaten treten in einen unbefristeten Streik für bessere Krankenversorgung und mehr Gehalt; 5000 Krankenschwestern legen in Neudehli die Arbeit nieder, ebenso Beamte in verschiedenen Großstädten. Am 10.1. beginnen im Staat Gujarat, vor allem in der Stadt Ahmedabad, gewaltige Straßenschlachten: Das Volk stürmt staatliche Kaufhäuser und Getreidedepots. 8 Kompanien Polizei und Militär setzt die Regierung ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Mit Ziegeln, Steinen und Eisenstangen wehren sich die Demonstranten. 10 Tote in Ahmedabad, 2 Tote in Visnagar. Mitte Januar hat der Streik alle Bundesstaaten erfaßt: die westbengalischen Jutemühlen liegen still, die älteren Ärzte, Lehrer, Ingeneure, Studenten schließen sich an. Soldaten mit Schießbefehl patrollieren Tag und Nacht in Ahmedabad, dem Zentrum des Kampfes. Dennoch stürmen am 7.2. 5000 Menschen erneut die staatlichen Getreidelager. Fast 50 Menschen haben Polizei und Militär seit Beginn der Kämpfe niedergemetzelt, 6000 verhaftet. Für ihre Freilassung demonstrierten Tausende in Unha, Sid pur, Surad, Talod. 1000 Ingenieure unterstützten diese Forderung durch einen Sitzstreik vor dem Haus des Gouverneurs in Uttar Pradesch.

In Indien herrscht Bürgerkrieg. Das Volk will Revolution. Noch versuchen die Modernen Revisionisten, den Kampf zurückzuzerren. Aber sieht es in den von ihnen regierten Staaten anders aus als im übrigen Indien ? Immer mehr gewinnt der Marxismus-Leninismus Einfluß unter den kämpfenden Massen. "Mao sindabad" - Es lebe Mao - das ist der Kampfruf, der in Indien immer häufiger zu hören ist!

Kambodscha:

Der Sieg ist nah!

Der Ring der Volksbefreiungsstreitkräfte um die Hauptstadt Phnom Penh schließt sich immer enger. Lon Nol und seine Ratten verlassen das sinkende Schiff: England, Frankreich und Australien haben ihr Botschaftspersonal aus Kambodscha bereits abgeozgen; Ende Januar floh Lon Nol selbst mit seiner Familie und der ganzen Marionettenregierung nach einem schweren Angriff auf den Regierungspalast aus der Stadt. Aber dieser Verbrecher und Völkermörder ist nirgends mehr sicher: Nur eine Woche später stand auch der Palast in Chamcar Mon, in dem er sich verschanzt hatte, in Flammen. Lon Nol wurde verletzt.

Täglich gehen neue Siegesmeldungen über den Befreiungskampf aus Kambodscha ein. Am 2. Februar durchbrachen Soldaten des Roten Khmer den Verteidigungsring, den die Regierungssoldaten um Phnom Penh angelegt haben, an mehreren Stellen und drangen in die Stadt ein. Wichtige Stellungen des Feindes, seine Waffenlager, das Regierungsviertel liegen unter Dauerbeschuß. In erbitterten Kämpfen legten die Befreiungsstreitkräfte den Flughafen von Potschetong, einen der wichtigsten militärischen Stützpunkte Lon Nols, völlig lahm: 6 Flugzeuge wurden zerstört, 10 weitere schwer beschädigt, 40 regimetreue Techniker und Piloten getötet.

In der Stadt selbst unterstützen die Volksmassen den Kampf um Phnom Penh mit Massenkämpfen gegen Teuerung und Nahrungsmangel. Revolutionäre verüben Sabotageakte gegen Waffenlager, patroullierende Soldaten und Militärfahrzeuge. Allein im Januar fielen 3.000 Lon-Nol-Soldaten unter den Kugeln der Volksbefreiungsfront. Lon Baret, "Premierminister" der Marionettenclique, gab zu, daß unter den Söldnertruppen Panik ausgebrochen ist. Am 21. Januar weigerte sich eine ganze Kompanie geschlossen, noch weiter zu kämpfen. 30 Soldaten aus Ta Khmao liefen zu den Truppen der Roten Khmer über.

Je näher ihr Untergang rückt, desto wilder schlagen die Lon-Nol-Verräter um sich. Anfang Februar folterten ihre Knechte vier Studenten zu Tode, die gegen neue Einberufungen von Jugendlichen zu den Söldnertruppen gekämpft hatten. Aber dieser Terror steigert nur den Haß des Volkes. Gewaltige Demonstrationen in Phnom Penh für die Freilassung von politischen Gefangenen, gegen die Folter waren die Antwort.

Mit Einsetzen der Trockenperiode haben die Befreiungsstreitkräfte den Kampf an allen Fronten verstärkt. Die Nationalstraße 1, eine der wichtigsten Nachschubwege der Regierung, wird bereits vom Roten Khmer kontrolliert. Die Lon-Nol-Clique zittert vor einer neuen Großoffensive. Sie weiß selbst, daß Phnom Penh dann nicht mehr zu halten ist. In Scharen flieht das Volk aus der Stadt, in den letzten 10 Januartagen allein 3.500 Familien. Die meisten von ihnen schließen sich sofort den Soldaten der Revolution an. Während die Kräfte der Revolution wachsen, wird der Widerstand der Regierungssöldner in Phnom Penh immer schwächer.

Das Feuer dieses wachsenden Kampfes wird die Verräter in Kambodscha und ihre imperialistischen Herren verbrennen. Lon Nol steht unmittelbar vor der endgültigen Niederlage. Unter Führung der nationalen Einheitsfront mit Samdech Norodom Sihanouk an der Spitze geht das kambodschanische Volk mit Riesenschritten seiner vollständigen Befreiung entgegen!

Aus aller Welt

ITALIEN: Eine Million Arbeiter streikten am 20. Februar für mehrere Stunden gegen die Teuerung. In den Autobetrieben Fiat, Alfa Romeo, in der Textilindustrie, bei Montedison, Zanussi und Italsider standen die Maschinen still, Italien gehört zu den Ländern mit der höchsten Teuerungs- und Arbeitslosenrate in Europa. Millionen Kollegen haben dort in den letzten Monaten in Streikkämpfen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gefordert.

IRAN: Acht Freiheitskämpfer hat das faschistische Schah-Regime in der vergangenen Woche hingerichtet. Mit solchen Terrormaßnahmen versucht der Schah, den wachsenden Freiheitskampf in Persien zu unterdrücken und "Ruhe an der Heimatfront" herzustellen, die er für seine Rolle als Wachhund der Imperialisten am Persischen Golf braucht.

ARGENTINIEN: Streikende Arbeiter, die in der Stadt Comodore Rivadavia das Gewerkschaftshaus besetzt hielten, wurden mit Tränengas von der Polizei angegriffen. Als die Arbeiter sich zur Wehr setzten, erschossen die Polizisten zwei Kollegen und verletzten mehrere schwer.

RHODESIEN: Trotz blutiger Unterdrückung durch das Smith-Regiem— in den letzten Wochen wurden achttausend Afrikaner in KZs geworfen — wächst der bewaffnete Kampf des Volkes Zimbabwes. Im vergangenen Jahr fielen 600 Soldaten des Regimes unter den Kugeln der Revolutionäre. In Zusammenarbeit mit der FRELIMO im benachbarten Mocambique wurden die Eisenbahnen seit Anfang Januar fünfmal lahmgelegt, und feindliche Autokolonnen angegriffen.

MALAYSIA: Seit Beginn des Jahres wächst die Streikwelle um höhere Löhne. In Taiping streikten 400 Arbeiter, in Kuala Lumpur dauert der Streik bereits 40 Tage, die Busfahrer beförderten tagelang die Bevölkerung zu verbilligten Tarifen, bis sie ihre Lohnforderung durchgesetzt hatten.

THAILAND: Arbeiter, Bauern und Studenten demonstrierten in den letzten Wochen gegen steigende Preise, gegen den Diebstahl von Ackerland der kleinen Bauern durch die Regierung und forderten Bestrafung der Korruption. Im Januar gingen allein in der Stadt Muong Nong Khai 10.000 Menschen auf die Straße.

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 — 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Antonionis Film 'China'

Ein hinterhältiger Angriff auf den Sozialismus

Bald wird auch in den westdeutschen Kinos Antonionis Film "China", der bereits im Fernsehen gezeigt worden ist, anlaufen.
In der letzten Zeit häufen sich sogenannte Dokumentationen über China oder auch über Albanien im Fernsehen und in den Zeitungen. Sie sind die Antwort auf das wachsende Interesse in der Arbeiterklasse an diesen Ländern, in denen sich zeigt, daß der Sozialismus keine Utopie, sondern lebendige Wirklichkeit ist. Die vor allem beweisen, daß die Diktatur des Proletariats nicht notwendig entarten muß zu der Herrschaft einer neuen Bourgeoisie wie in der DDR.



Keine Industrie? – Die Erdölraffinerie von Datjing.

Aber natürlich läßt die Bourgeoisie in Presse und Fernsehen nicht solche Dokumentationen zu, die die Arbeiterklasse ermutigen, für das gleiche Ziel auch hier bei uns in Westdeutschland zu kämpfen, sondern sie verdreht in sogenannten Dokumentationen die Wirklichkeit in den sozialistischen Ländern. Vor allem verbreitet sie die Lüge, Revolution und Sozialismus, das lohne sich vielleicht für unterentwickelte Länder, aber nicht für hochindustrialisierte Länder wie zum Beispiel die Bundesrepublik.

In die gleiche Kerbe haut auch Antonionis Film "China". Allerdings auf sehr raffinierte Art und Weise. So sagt er in seinem Film kein einziges Mal, Sozialismus sei schlecht. Aber was er als Sozialismus präsentiert, sind genau die gleichen Lügen, die die Bourgeoisie über China und Albanien, über die Diktatur des Proletariats verbreitet.

Die sozialistische Wirtschaft Chinas gibt es in Antonionis Film nicht. So sind zum Beispiel bei den Aufnahmen über den Juangpu-Fluß in Schanghai, einer der größten Industriestädte Chinas mit einer modernen Werft, alle großen Frachter ausländisch, alle Holzdschunken dagegen chinesisch
Die chinesischen 10.000 t Schiffe und Überseefracnter, die dort vor Anker liegen, werden einfach nicht gezeigt.

Genauso wird das chinesische Dorf verleumdet. Antonioni zeigt den Kreis Linhsiän und stellt ihn als die erste sozialistische Berggegend Chinas vor. Aber was zeigt er davon? Nur ganz flüchtig den in der ganzen Welt berühmten Kanal Rote Fahne, der zeigt, daß die Massen im Vertrauen auf den Marxismus-Leninismus wahre Wunder im Kampf gegen die Natur vollbringen können. Als "Dokument des Sozialismus" zeigt Antonioni ununterbrochen aufgesplitterte Felder, einsame Greise, erschöpfte Zugtiere und schäbige Hütten.

Warum betont Antonioni einerseits den sozialistischen Charakter von China und zeigt dabei solche Bilder, die gar nicht das wirkliche China darstellen?

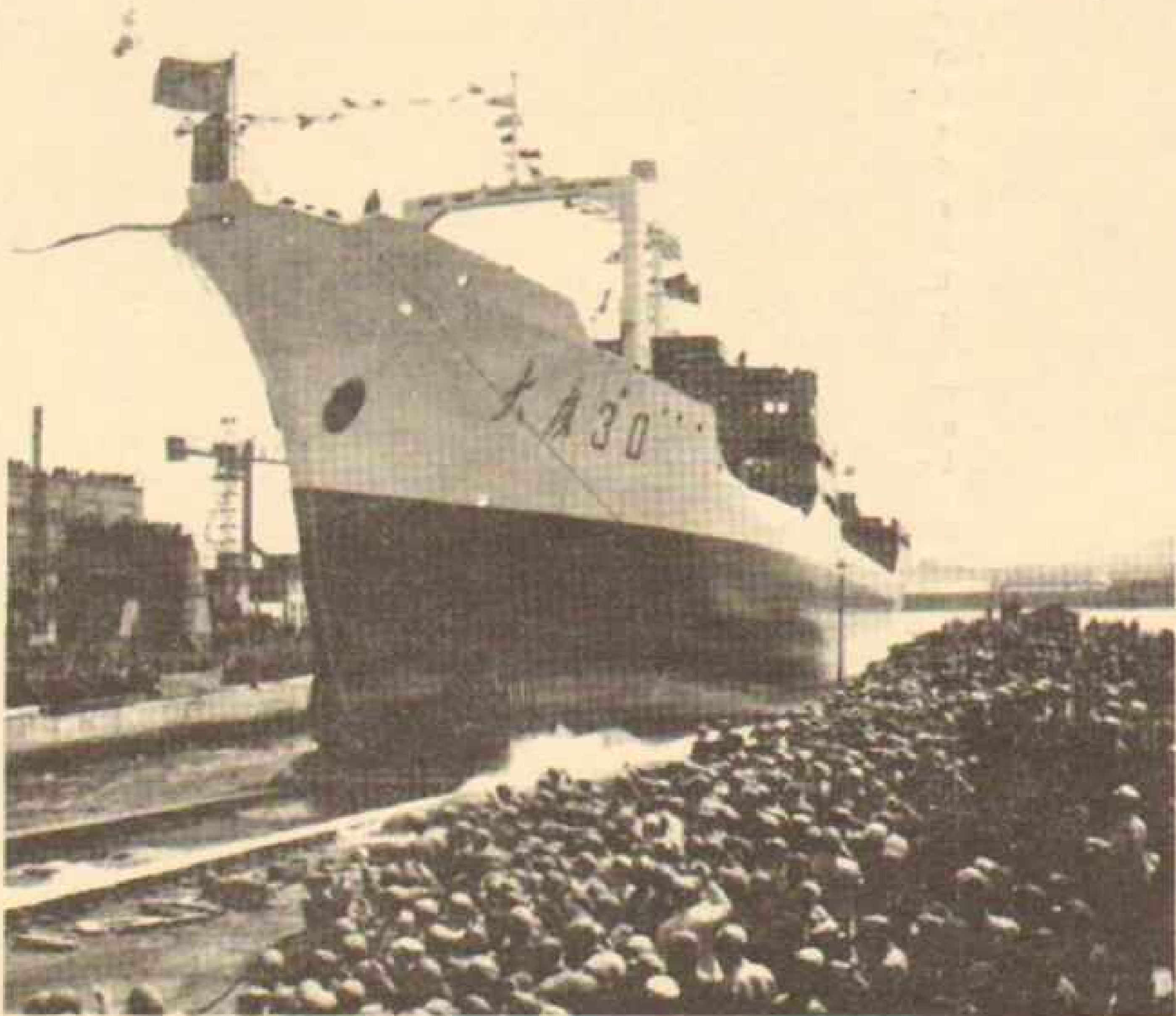
In einem Artikel der Pekinger Volkszeitung heißt es dazu:
"Dabei verfolgt er das Ziel, die Zuschauer zu der reaktionären Schlußfolgerung zu verleiten, China hätte keine Revolution durchführen sollen. Er behauptet, mit den Volkskommunen hätte es "Enttäuschungen" gegeben, und die große proletarische Kulturrevolution hätte die Produktion "durcheinandergebracht".

Wenn die Revolution aber dem chinesischen Volk nicht genützt hat, wenn sich doch nichts grundlegend geändert hat – warum soll ich dann für ein sozialistisches Deutschland kämpfen? Das ist die Frage, die sich der deutsche Arbeiter, der diesen Film sieht, stellen soll.
So soll genau die Resignation in der Arbeiterschaft geschaffen werden, die die Bourgeoisie braucht, damit die modernen Revisionisten mit ihrer Lüge vom "friedlichen Weg zum Sozialismus", mit ihrer offenen Hetze gegen China und Albanien Glauben finden können.

Weil diese offene Hetze gegen den Kommunismus und die sozialistischen Länder von den Arbeitern immer mehr abgelehnt wird, deshalb wird Antonioni vorgeschoben.

Die Volkszeitung schreibt:
"In den letzten Jahren wurde die Lage im In- und Ausland immer besser. Die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für die Außenpolitik hat neue, noch größere Siege errungen. Der Einfluß Chinas in der Welt wird immer größer. Die Intrigen des Imperialismus und des Sozialimperialismus zur Isolierung Chinas und zum Umsturz in unserem Land sind schmählich geplatzt. Aber unsere Feinde können sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden. Wenn sie die chinesische Revolution attackieren und das neue, sozialistische China verleumden, so ist das nur ein Teil der Vorbereitung der öffentlichen Meinung für eine konterrevolutionäre Restauration in China, in der Absicht, China wieder zu einer Kolonie und Halbkolonie zu machen." "Eben unter diesen Umständen präsentiert Antonioni seinen reaktionären Film unter dem 'Deckmantel der 'Echtheit', um die Öffentlichkeit zu betrügen. Dabei werden die von den sowjetischen Revisionisten her bekannten Lügen und Verleumdungen erneut aufs Tapet gebracht....Antonioni hilft damit in der Tat der antichinesischen Propaganda der sowjetischen Revisionisten, welche selbst schon Schiffbruch erlitten haben."

Kein Kommunist, kein fortschrittlicher Arbeiter kann diesen Angriff auf das rote China hinnehmen. Soll er doch gleichzeitig auch das Ziel der deutschen Arbeiterklasse, das vereinte, unabhängige und sozialistische Deutschland verleumden, soll er doch gleichzeitig dem deutschen Arbeiter den Mut nehmen, für seinen Sieg über die Ausbeuterklasse zu kämpfen.



Nur Holzdschunken?
10.000 t Tanker, gebaut auf der Rote-Fahne-Werft in der VR China

"Lasst die Reaktionäre im In- und Ausland vor uns zittern! Lasst sie herumreden, dass wir in diesem oder jenem nichts taugen! Das chinesische Volk wird durch seine unentwegten Bemühungen mit sicheren Schritten sein gestecktes Ziel erreichen!"
Mao Tsetung

Gebiets'reform' in NRW

Wattenscheider, zorngeladen

Bis zum 26. 2. läuft in Nordrhein-Westfalen das Volksbegehren gegen die Eingemeindungen. "Mitbestimmung des mündigen Bürgers" heißt jetzt die Hauptparole. Mitbestimmung im Kapitalismus? Die Tatsachen über die Eingemeindungen beweisen, daß das nichts als eine Lüge aller bürgerlichen Parteien bis hin zur D'K'P ist.

Das Kapital will seine Macht konzentrieren

Worum geht es bei den "Eingemeindungen" in NRW?
Dem Kapital geht es darum, die Herrschaft über das Volk zu zentralisieren. So sollen die lokalen Verwaltungen der Städte Wattenscheid, Moers, Bottrop, Kettwig u.a. durch die zentralen Verwaltungen ersetzt werden.

Der Zweck für das Kapital und seinen Staat: Die Kontrolle, die Registrierung, die Überwachung des Volkes soll verstärkt und verschärft werden. Ein Punkt dabei ist die Konzentrierung der Polizei- und Militärkräfte. Zu oft hat sich schon gezeigt, daß die örtlichen Polizei- und Militärkräfte bei Streiks, Rote-Punkt-Aktionen usw. kaum gegen das Volk einsetzbar waren.

Mutig auf die Barrikaden

Die Volksmassen führen einen Kampf zur Verteidigung ihrer Interessen: Durch die Eingemeindung sollen die Steuern erhöht werden, insbesondere die Autosteuern. Aber auch viele örtliche Einrichtungen wie zum Beispiel in Wattenscheid die kostenlose Badefahrt für Kinder werden wegfallen. Es ist auch richtig, wenn die Einwohner für die örtliche Unabhängigkeit kämpfen. Wie entschlossen dieser Kampf angepackt wurde, zeigt folgendes Gedicht aus einem Wattenscheider Wettbewerb im Kampf gegen die Eingemeindung:

Wattenscheider, zorngeladen,
Feuer der Empörung loht
Mutig auf die Barrikaden
Eure Zukunft ist bedroht.

Dieses Gedicht entstand vor einem Jahr. Bei einer Wahlbeteiligung von 93% stimmten damals 97% gegen die Eingemeindung. In den Zeitungen standen Überschriften, die ankündigten, daß man nur noch mit Gewalt gegen diese Eingemeindung vorgehen könne. Doch das war nur Demagogie, um es den bürgerlichen Kräften der SPD, CDU, FDP usw. zusammen mit der örtlichen Gemeindeverwaltung zu erleichtern, die Führung in dieser Bewegung an sich zu reißen. Hinter ihnen steckten die örtlichen Kleinkapitalisten.

Kleinere Kapitalisten wie zum Beispiel Steilmann in Wattenscheid sind zwar auch gegen die Eingemeindung – aber eben aus kapitalistischem Interesse. Die kleineren Kapitalisten vom Schlage Steilmanns, die nicht zum Monopolkapital gehören, fürchten im Falle einer Eingemeindung ihren starken Einfluß in der Stadtverwaltung zu verlieren, weil in den Großstädten natürlich Konzerne wie Krupp ausschließlich bestimmen. Steilmann ist gegen die Eingemeindung, um die Wattenscheider besser ausbeuten zu können.

In letzter Zeit aber traten dann noch die Schwatzbudenpolitiker der Landtagsparteien in die Aktion "Bürgerwille" ein. Jetzt beherrschte die Mitbestimmungsparole die Aktion. Alle radikalen Aktionen des Volkes wurden nahezu vollständig verhindert. Demagogisch stellten sich diese Volkszertreter hin, als ob sie dabei auch noch die Interessen des Volkes vertreten würden.

Daß diese Entwicklung möglich war, ist zu einem entscheidenden Anteil der D'K'P, den modernen Revisionisten zu verdanken. Zahlenmäßig sind sie zwar äußerst schwach in der Aktion. Aber gerade ihrem ideologischen Einfluß ist es zuzurechnen, daß die bürgerlichen Parolen von Mitbestimmung usw., die Demagogie vom Kampf der "Kleinen gegen die Großen", des Kampfes für eine "bürgernahe Selbstverwaltung" sich in der Aktion durchsetzen konnten. Sie spielten die Führung des Kampfes den Bürgerlichen in die Hände und verrieten so den Kampf.

Die ganze Aktion ist jetzt ein abgekartetes Spiel, um dem Volk vorzugaukeln, daß im Kapitalismus echte Demokratie für das Volk möglich wäre. Gleichzeitig wird mit unglaublichen Mitteln versucht, auf jeden Fall ein positives Ergebnis zu verhindern: In Großstädten von NRW werden nur einzelne Eintragungslisten ausgelegt, die Abstimmungszeit wurde genau auf die Karnevalszeit verlegt, Lautsprecheraktionen werden nach Belieben verboten usw.

Wenn es auch trotz allem richtig ist, beim Volksbegehren mit 'Nein' zu stimmen, so müssen die Kommunisten in diesem Kampf gegen die Eingemeindungen den Volksmassen klar den Weg zeigen: Dieser Kampf zur Verteidigung unserer Interessen muß verbunden werden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt. Denn die Auswirkungen der Eingemeindungen sind nur ein Ausdruck des kapitalistischen Systems. Erst im Sozialismus ist eine Selbstbestimmung der Volksmassen möglich. Der Kampf gegen die Eingemeindungen kann nur mit den Mitteln der revolutionären Gewalt der Volksmassen geführt werden. Er muß gleichzeitig ein Kampf gegen den politischen und ideologischen Einfluß der modernen Revisionisten, der D'K'P sein, die genau hier, wo der revolutionäre Kampf der Volksmassen entsteht, für das Kapital und seinen Staat in die Bresche springen.

Der Kampf gegen die Eingemeindungen muß mit dem Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus – für den Sozialismus, verbunden werden!
Die revolutionäre Gewalt der Volksmassen ist gerechtfertigt!

Sieg über die Klassenjustiz

Antikriegstagsprozess geplatzt!

Am 3. Verhandlungstag gegen Genossen Klaus Kercher, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 72 in München vor Gericht steht, platzte der Prozeß: Das Gericht wurde wegen Befangenheit abgelehnt. Nach einem wochenlangen, offensiven Kampf der Partei gegen die Antikriegstagsprozesse wich die Klassenjustiz zurück.

Immer wieder hatte die bürgerliche Justiz in den Prozessen gegen die Genossen Sascha, Bernd, Hubert und Klaus versucht, ihre Machenschaften vor dem Volk zu verheimlichen. Mit Ausschluß der Öffentlichkeit, Verhaftung von Zuschauern, Beschlagnahmung von Flugblättern wollte sie Geheimjustiz ausüben. Aber sie hatte sich getäuscht! Je brutaler sie zuschlug, desto lauter ertönte der Ruf: Freiheit für die angeklagten Genossen.

Auch in der Verhandlung am 21.2. wollten Polizei, Staatsanwalt und Gericht einen Prozeß nach ihren Vorstellungen durchziehen. Aber der Widerstand gegen diese Anschläge auf Kommunisten, gegen eine solche Geheimjustiz wird immer größer! Im Zuschauerraum kam es immer wieder zu Tumulten über die ungeheuerlichen Angriffe gegen Rechtsanwalt Jörg Lang, der Genossen Klaus verteidigt. Zwei Zuschauer werden vorübergehend festgenommen.

Die Verfolgung fortschrittlicher Rechtsanwälte zeigt sich auch in diesem Prozeß. Auf der Bank zwischen Genossen Klaus und seinem Verteidiger sitzt ein Polizeispitzel, der eifrig die Ohren spitzt. Jörg Lang verlangt, daß dieser Büttel der Justiz verschwindet: "Die Verteidigung ist ein gleichberechtigtes Organ der Justiz. Niemanden gehen meine Gespräche mit dem Angeklagten etwas an." Der Staatsanwalt geifert los: "Ich verbitte mir, daß einer, der wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung angeklagt ist, sich "gleichberechtigtes Organ der Justiz" nennt." Weil Jörg Lang Revolutionäre mit ganzen Herzen vor der Klassenjustiz verteidigt, wird er wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" verfolgt, sollen seine Arbeit, seine Rechte als Verteidiger beschnitten werden!

Dazu gehört auch, daß er nicht in alle Akten Einsicht erhielt, sich für seine Arbeit also überhaupt nicht richtig vorbereiten konnte. Immer wieder fordert er, daß das endlich nachgeholt wird. Staatsanwalt: "Natürlich haben Sie in alle Akten Einsicht genommen." Das Gericht berät über den Antrag der Verteidigung. Beschluß: "Natürlich hat Rechtsanwalt Lang in die Akten Einsicht bekommen." Ohne auch nur im geringsten nachzuprüfen, plappert der Richter dem Staatsanwalt nach dem Mund.

Das ist nicht nur ein neuer, schwerer Angriff auf den angeklagten Genossen und seinen Verteidiger, es ist erneut ein offener und klarer Rechtsbruch der Justiz. Rechtsanwalt Lang fordert Ablehnung des Gerichtes wegen Befangenheit. Der dritte Antrag bereits in diesem Prozeß. Und er wird angenommen. Denn die bürgelicher Klassenjustiz hat inzwischen erfahren, daß keine einzige ihrer Machenschaften verborgen bleibt, daß jeder neue Angriff einen Sturm der Empörung hervorruft. So zieht sie sich erst einmal zurück. Der Prozeß ist mit unbekanntem Termin vertagt, ein neues Gericht muß bestimmt werden.

Ein Sieg über die Klassenjustiz. Aber der Kampf geht weiter.

FREISPRUCH FÜR KLAUS KERCHER!
HÄNDE WEG VON JÖRG LANG!

Nieder mit dem persischen Henkerregime!

Für den 2.3. 74 rufen die CISNU (Conföderation iranischer Studenten), die KPD/ML, die Liga, die GRF, die ESG und verschiedene andere Gruppen zu einer Demonstration gegen das persische Henkerregime auf. Vor kurzem wurden in Persien 5 fortschrittliche Intellektuelle zum Tode verurteilt. Zwei von ihnen, die sich weigerten, ein Gnadengesuch an den Schah zu unterschreiben, sind inzwischen hingerichtet worden. Erst vor wenigen Tagen wurde die Hinrichtung von 6 weiteren Patrioten bekannt.

Im Interesse seiner Ölgeschäfte unterstützt der westdeutsche Imperialismus das persische Henkerregime. Fortschrittliche Perser sind von Ausweisung bedroht. In Köln, in Frankfurt und anderen Städten wurden Demonstrationen gegen das persische Henkerregime verboten. Die Anzeichen häufen sich, daß die CISNU genau wie die palästinensischen Organisationen GUPA und GUPS verboten werden sollen. Ja, die westdeutschen Imperialisten scheuen sich nicht, die Dienste des persischen Henkerregimes auch für ihren Kampf gegen deutsche Kommunisten in Anspruch zu nehmen, wie im Falle Sascha Haschemis! Kommt zur Demonstration am 2.3. in Dortmund.

Abmarsch: 13.00 Uhr Reinoldikirche (Innenstadt).
Veranstaltung: 18.00 Uhr, Haus Barop.



Die Patrioten Golsorkhi und Daneschiyan wurden von den Henkern des des Schahregimes bereits ermordet! Kämpft für die Freilassung der anderen Freiheitskämpfer!

Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!

Am 28. 2. 74 lief die Aufenthaltserlaubnis für den Aktivisten der ROTEN GARDE, Sascha Haschemi, ab. Nach dem Plan der Bourgeoisie soll Genosse Sascha, Sohn eines persischen Vaters und einer deutschen Mutter, an das persische Henkerregime ausgeliefert werden. Seit 1971 wird seine Aufenthaltserlaubnis nur noch jeweils um 3 Monate verlängert. Ein Fremdenpaß wurde bisher verweigert mit der Begründung: wir wollen das Urteil abwarten.

Dieses Urteil aber steht inzwischen fest: in einem Prozeß wegen einer Vietnam-Demonstration und der Demonstration am Roten Antikriegstag wurde Genosse Sascha zu 18 Monaten ohne 'Bewährung' verurteilt. Offen erklärten Richter und Staatsanwalt, daß die Abschiebung Saschas geplant sei. Sie hätten ihn am liebsten im Zusammenhang mit dem Prozeß in Untersuchungshaft genommen, um ihn dann klammheimlich abzuschieben: zweimal wurde versucht, Sascha bei Kundgebungen festzunehmen, das Gericht verhängte 4 Tage Ordnungsstrafe. Aber dieser Plan scheiterte. Genosse Sascha tauchte unter. Und er sagt in seiner persönlichen Erklärung auch warum: "Ich bin Deutscher und werde hier, in meiner Heimat, für ein einiges, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen!"



Dieser unerschrockene Kampf des Genossen Sascha, der mutige Kampf der Partei und ihre breite Mobilisierungsarbeit haben die Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzt - und unter den Massen eine breite und kampfbereite Solidaritätsbewegung entfacht. In allen größeren Städten werden Unterschriften gesammelt. In die Listen tragen sich Arbeiter, Schüler, Studenten, aber auch Schauspielerinnen wie Therese Giese und Schriftsteller wie Martin Sperr ein. In ganz Westdeutschland fordern Plakate und Parolen an den Wänden: Freispruch für Sascha! Sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha! Sascha muß in Deutschland bleiben! Diese Kampfentschlossenheit wird sich auch bei der Demonstration in München am 28. 2. 74 zeigen.

Solidarität wird Saschas Ausweisung verhindern!

Spendet für politisch Verfolgte: Auf das Konto Karin Sandmann, Dresdner Bank, 46 Dortmund, Konto Nr. 81 355 107

Türkische Patrioten verhaftet

Am 12. 2. 74 wurden vier türkische Patrioten, darunter der türkische Arbeiter Yildirim Dagyeli, verhaftet. Gegen Yildirim liegt bereits seit dem 19.11.73 Haftbefehl vor. Nur wenige Tage zuvor wurde Esat Hadimili und seiner Frau Nevin Hadimili der Paß entzogen. Esat Hadimili war Vorstandsmitglied der ATÖF (Studentenföderation der Türkei) und ist jetzt Auslandsreferent des AStA der Universität Stuttgart.

Es ist kein Zufall, daß die westdeutschen Imperialisten gerade in der letzten Zeit die Verfolgung türkischer Patrioten verstärken. Vor allem beim Streik bei Ford hat sich gezeigt, daß die türkischen Arbeiter in der vordersten Front des Kampfes gegen das Kapital und seine Handlanger stehen. Revolutionäre Organisationen wie die Patriotische Einheitsfront der Türkei und die ATÖF haben nicht nur konsequent den Kampf gegen den türkischen Faschismus geführt, sondern genauso gegen die herrschende Klasse in Westdeutschland.

Die Verhaftung Yildirim Dagyelis durch die westdeutsche Klassenjustiz ist ohne Zweifel ein Teil des Plans, ihn an das Henkerregime in der Türkei auszuliefern. Das aber bedeutet für Yidlirim mindestens 30 Jahre Haft, möglicherweise den Tod.
Gegen ihn liegt in der Türkei bereits ein Haftbefehl vor. Seine 65-jährige Mutter ist seit 1971 in Haft. Die Staatsanwaltschaft hat 24 Jahre Gefängnis gegen sie beantragt. Ihrem Sohn ist seit eineinhalb Jahren der türkische Paß entzogen. Die westdeutschen Imperialisten haben sich bis jetzt geweigert, diesem türkischen Patrioten Asyl zu gewähren.
Schluß mit der Verfolgung ausländischer Patrioten!

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung der Spendenliste STÄRKT DEN ROTEN MORGEN im ROTEN MORGEN Nr. 2/74 gingen folgende Spenden ein: 5.1. Veranstaltung "5 Jahre KPD/ML" der OG Kempten: 111,– DM; 5.1. C.H.L.: 10,– DM; 7.1. Veranstaltung der OG Marburg: 104,– DM; 8.1. Internationalistischer Freundeskreis Würzburg: 13,50 DM; 8.1. Arbeiterstammtisch Würzburg: 45,- DM; 9.1. G.R. Frankfurt: 970,76 DM; 13.1. Veranstaltung der OG Gelsenkirchen: 748,04 DM; 15.1. E.L.: 50,– DM; 15.1. RM-Leserkreis Kiel-Gaarden: 95,– DM; 16.1. H.J. Zell: 25,– DM; 17.1. M.N. Bochum: 10,– DM; 18.1. Skatrunde Westberlin: 23,– DM; 22.1. T.H. Bad Schwartau: 156,30 DM; 25.1. Schafkopfclub "Roter Ober" München: 180,– DM; 25.1. M. und T.E. Kitzingen: 500,– DM; 28.1. P.P. Köln: 22,– DM; 28.1. M.S. Holzminden: 10,– DM; 30.1. Ein Beamter aus Dortmund: 10,– DM; 1.2. E.H. Zürich: 20,– DM; 4.2. RM-Leserkreis Kiel-Gaarden: 46,– DM; 4.2. Spende bei Filmveranstaltung Bremen: 120,55 DM; 4.2. A.K. Hamburg: 5,– DM; 72.. Veranstaltung der OG Essen "5 Jahre KPD/ML": 110,– DM; 8.2. H.K. Alsdorf: 5,– DM; 12.2. G.B. Wilhelmshaven: 25,–DM; 18.2. R.R. Frankfurt: 20,– DM; 19.2. R.P. Kiel: 200,– DM; 20.2. G.K. Flensburg: 10,– DM; 21.2. Veranstaltung Rude Kappes, Köln: 185,50 DM; 21.2. Skatrunde Kiel: 40,– DM; 22.2. "Grünkohlessen" Westberlin: 41,50 DM; 22.2. A.K. Gießen: 200,– DM; 22.2. Buderus-Arbeiter, Lollar: 7,– DM.

SUMME: 4.119,15 DM.

Wir danken allen Genossen und Freunden für diese Unterstützung des ROTEN MORGEN!

Hamburg wird rot!

Hamburger Genossen berichten vom Wahlkampf der KPD/ML



Ein Blick in die Wahlzentrale

Morgens, 7.30 Uhr. Die Einsatzleitung versammelt sich. Frühbesprechung! Eine riesige Karte von Hamburg hängt an der Wand des Sitzungszimmers, bedeckt mit Linien, Markierungen, Fähnchen und Anmerkungen. Ein Genosse faßt die wichtigsten Ergebnisse des Vortages zusammen: 180.000 Wahlextras verteilt, 250 Broschüren verkauft... Der Tag war gut. Dann die neuen Aufgaben: 70.000 Arbeiterhaushalte müssen noch versorgt werden. Der Sprecher umreißt große Gebiete auf der Karte. Schon treffen die ersten Kuriere ein. Agitatoren holen sich Instruktionen, eilen wieder an ihre Einsatzorte.

Die Beratung ist zu Ende. Der Tag kann beginnen. Die Genossen lachen sich zu, ballen die Faust. Sie wissen, es gilt neue Siege für die Partei zu erringen.

Der Plakat-Trupp unterwegs

Ob im Einkaufszentrum, an Parkplätzen, Fußgängerwegen und U-Bahnen – überall wo die Wahlschilder unserer Partei aufgestellt werden, bleiben die Hamburger stehen. "Hamburg wird rot" – das interessiert sie. Ein Kollege meint: "Prima, was ihr da macht!" Er schildert uns von seinen Erlebnissen im bewaffneten Kampf der Hamburger Arbeiter gegen den Hitlerfaschismus. Und zu den Wahlschildern der bürgerlichen Parteien weisend: "Die haben doch nicht mehr lange zu leben."
Eine alte Frau: "Wir Alten sind kaputt. Gut, daß ihr Jungen den Kampf weiterführt."

Hausagitation in Barmbek

Inzwischen sind überall Genossen unterwegs, um Hausbesuche zu machen. Zwei Genossen, die bei einem älteren Kollegen klingelten, berichten von ihrem Gespräch.

Als der Kollege das Wahlextra der KPD/ML sah, meinte er: "Mit eurem Kommunismus haut man gleich wieder ab. Darüber weiß ich Bescheid." Er habe Marx gelesen und fände das auch gut. "Aber man kann ja in der Sowjetunion und in der DDR sehen, was die Menschen wirklich daraus machen." Wir erklärten ihm, daß wir die neue Bourgeoisie dort genauso verurteilen, daß aber unser Vorbild das sozialistische China und die Volksrepublik Albanien sind. Der Kollege war überrascht. Er hatte geglaubt, wir seien von der D'K'P.



Nun begann der Kollege verbittert zu spotten: "Was wollt ihr, dem Arbeiter geht es doch gut. Ich verdiene als Werkstattfeger 2.400 DM ohne Überstunden." Wir sagten ihm klar, daß er uns etwas vormache, denn wir wußten, was ein Werkstattfeger verdient: "Wir sind gekommen, um uns ernsthaft mit dir auseinanderzusetzen, nicht um Witze zu machen."
Daraufhin wurde er sehr herzlich und vertraute uns an, daß er Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann sehr verehre. Er hatte aber geglaubt, daß das alles Vergangenheit wäre. Sein Spott war nur Mißtrauen gewesen. Nun aber vertraute er uns seine Freude darüber an, daß es auch heute wieder Menschen gäbe, die ihr Gut und Leben für die Arbeiterklasse einsetzen.
"Daß es so etwas wieder gibt, hätte ich nie gedacht."

Viele Leute, bei denen wir klingeln, haben im Betrieb von der KPD/ML gehört, einige haben auch schon das Wahlextra gelesen. Immer wieder stellen sie ihre Fragen: Welcher Unterschied besteht zwischen der D'K'P und der KPD/ML? Wie kommen wir zur Revolution? Was ist mit der Einheit Deutschlands? Wir diskutieren mit ihnen jede einzelne Frage. Mancher will sich überlegen, ob er nicht KPD/ML wählen wird.

"Rotes Sprachrohr" vor den Betrieben

Kurz vor Feierabend. Die Singgruppe "Rotes Sprachrohr" zieht vor die Betriebe. Die Parteifahne wird aufgestellt, ein großes Transparent entrollt: Gegen Lohnraub und Unterdrükkung, Krise und Krieg!
Nach dem ersten Arbeiterlied stehen Kollegen an Fenstern und Ausgängen. Die Sirene ertönt: Feierabend. Tausende Kollegen strömen vorbei. Viele bleiben stehen. Einige drücken ihre Freude durch Klatschen aus, andere rufen: "Singt weiter!"
Einige Genossen diskutieren mit den Kollegen. Ein älterer Arbeiter bittet uns, noch ein Lied zu singen. Hinterher drückt er uns allen die Hand.
Wir ziehen zum nächsten Betrieb. Polizei begleitet uns auf Schritt und Tritt. Doch die Massen sind unser bester Schutz.

Erfahrungsaustausch

Am Samstagabend sammeln sich Kollegen, Freunde und Genossen, um ihre Erfahrungen im Wahlkampf auszutauschen. Es herrscht eine revolutionäre, kämpferische Stimmung. Die Wahlzentrale gibt die Ergebnisse der Arbeit bekannt: Innerhalb von 3 Tagen wurden 250.000 Haushalte der Arbeiterviertel mit Wahlextras versorgt. Tausende Hausbesuche wurden in 2 Tagen gemacht. Hunderte erfolgreiche Gespräche wurden geführt. Etwa 250 fortschrittliche Menschen wünschen sofort engen Kontakt zur Partei.

Für seinen revolutionären Einsatz sprach die Versammlung einem Hamburger Arbeiter ein Aktivistentuch aus Albanien zu: Er hatte aus eigener Initative Material für Wahlschilder besorgt, zusammen mit Freunden zusammengebastelt und anschließend noch hunderte Wahlschilder beklebt.

Die Genossen auf der Veranstaltung sind sich einig: Nicht die Stimmenzahl wird bei Wahlausgang entscheidend sein, sondern daß die Verbindung der Partei zu den Hamburger Werktätigen enger und gefestigter geworden ist.

Viele, die noch einen Weg suchen, beginnen sich mit der Partei auseinanderzusetzen. Aber nicht alle, die mit unserer Partei sympathisieren, werden uns bereits wählen. Und nicht jeder, der unserer Partei in Hamburg seine Stimme gibt, wird jetzt bereits konsequent in den Reihen der Revolution kämpfen wollen. Aber sie werden in den kommenden Kämpfen immer mehr das Vertrauen in ihre Partei stärken und sich immer fester um ihre Partei, die KPD/ML schließen. Denn ihr Herz, das ist auf unserer Seite, ihre Sympathie gilt dem Kampf unserer Partei.
Hamburg wird rot!

Großkundgebungen der KPD/ML zur Wahl in Hamburg

1. März	Stübens Gesellschaftsräume, Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich 48, 20.00 Uhr
2. März	Gaststätte 'Jarrestadt', Hamburg 39, Jarrestraße 27, 19.00 Uhr

Demonstration der KPD/ML zur Wahl in Hamburg

2. März	Abmarsch: 11 Uhr, S-Bahnhof Sternschanze

Faschistenversammlung in Hamburg: "Oh je, jetzt kommt die KPD/ML!"

Um 10.30 Uhr sollte die Faschistenversammlung der NPD zur Wahl beginnen. Kurz vorher gingen 10 Genossen in die Kneipe, während 30 weitere zugleich den Eingang von außen blokkieren. Noch bevor endgültig klar war, was geschehen sollte, jammerte ein NPD-Bonze: "Oh je, jetzt kommt die KPD/ML."
Noch bevor er zuende war, rief es draußen: "Jagt ihn weg, den braunen Dreck!" Die Genossen entrollten die Parteifahne.
Das war das Signal für die Genossen drinnen: Ein Genosse erklärte den Faschistentreff für aufgelöst. Innerhalb von 5 Minuten war die Kneipe mit etwas Gewalt geräumt. Die Genossen draußen bildeten Ketten, damit keiner der Faschisten wieder hineinkonnte.

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg! Vorwärts mit der KPD/ML!" Leute kommen an die Fenster, Passanten sammeln sich an.
Streifenwagen fahren herum, aber greifen nicht ein, auch den Spitzeln, die in der Kneipe waren, gelang es nicht, irgendwen festzunehmen. Die Polizei ist total verwirrt. Denn innerhalb einer halben Stunde war die ganze Sache gelaufen und alles vorbei.

Wendet Euch an die Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 11o

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitags:
16.00 bis 18.30 Uhr
Samstags: 9.30 bis 13.00 Uhr

MANNHEIM: Lortzingstr. 5

Öffnungszeiten:
Di 16.oo - 18.3o Uhr
Do 16.oo - 18.3o Uhr
Sa 9.oo - 13.oo Uhr

BREMEN: Bremen-Walle,
Waller Heerstr. 70

KIEL: Reeperbahn 13
Telefon: 0431/ 74 762

MÜNCHEN: Thalkirchner Straße19
Telefon: o89/ 77 51 79
Öffnungszeiten:
Mi 17.oo - 19.oo Uhr
Sa 9.oo - bis 14.oo Uhr